

Sitzungsprotokolle öffentliche Sitzung vom 24.11.2009

TOP	Gegenstand	SV Nr.
0911101	Bürgerfragestunde	09128
0911102	Nachtragshaushalt 2009; Vorberatung	09127
0911103	Errichtung eines Wasserkraftwerkes am Felsentor	09131
0911104	Jugend AG	09133
0911105	Entwicklung Tourismus 2009	09134
0911106	Sonstiges 1. Filiale der Sparkasse Berchtesgadener Land in Ramsau 2. Informationen zur Gemeinderatssitzung 3. Gewichtung des Bereiches Tourismus in der Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden 4. Bürgeraktionen 5. Behinderungen auf der B 305 6. Hängebrücke im Klausbachtal 7. Stromversorgung von Mobilfunkmasten	09129

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911101

Bezugs-Nr.: TOP
Az.:
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer: Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend: 13 / 9
Dokument: h/0/SV09128

Bürgerfragestunde

1. Sebastian Zechmeister kritisierte die mangelhafte Ausführung der Sanierungsarbeiten der Ortsstraße „Im Zauberwald“ und den bereits seit mehreren Jahren durch Holzbringemaßnahmen des Forstes beschädigten Wanderweg durch den Zauberwald.

2. Franz Schwab wies ebenfalls auf die schlecht Qualität des Soleleitungsweges im Bereich der Gaststätte Gerstreit hin.

Bürgermeister Herbert Gschoßmann sicherte die Überprüfung der angesprochenen Straßen- und Wegebereiche sowie gegebenenfalls entsprechende Reparaturarbeiten zu.

3. Stefan Irlinger kritisierte den diesjährigen Abholtermin für die gelben Säcke im Gemeindebereich am Heiligen Abend. Bereits im letzten Jahr habe es bei diesem Termin Problem gegeben, so dass viele gelbe Säcke während der Feiertage am Straßenrand lagen.

Bürgermeister Gschoßmann sicherte eine Überprüfung des Abholtermins und eine rechtzeitige Information der Bürger bei einem möglicherweise geänderten Abholtermin zu.

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911102

Bezugs-Nr.: TOP
Az.:
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer: Alois Resch
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend: 13 / 9
Dokument: h/0/SV09127

Nachtragshaushalt 2009; Vorberatung

Sachverhalt

Alle Gemeinderatsmitglieder hatten zur Vorabinformation einen Entwurf zur Nachtragshaushaltssatzung mit Erläuterungen erhalten. *Kämmerer Resch* erläuterte kurz die wichtigsten Veränderungen.

Während sich das Gesamtergebnis im Verwaltungshaushalt voraussichtlich nur geringfügig vermindert, kommt es im Vermögenshaushalt zu einschneidenden Veränderungen, die den Erlass eines Nachtragshaushaltes zur Folge haben.

Verwaltungshaushalt

Die Personalausgaben liegen im vorgegebenen Rahmen.

Allg. Verwaltung

Der Aufwand für Softwarepflege einschl. Schulung erhöht sich um rd. 4.000 €. Die Ursache liegt größtenteils in den immer umfangreicher und aufwändiger werdenden Programmen (z.B. Abrechnung Kindergarten, Meldewesen). Es müssen immer häufiger externe Dienstleister herangezogen werden.

Finanzverwaltung

Die Einnahmen aus Säumniszuschlägen, Mahngebühren und Gewerbesteuernachzahlungszinsen erhöhen sich von bisher 7.000 € auf 15.000 €.

Feuerschutz

Für den laufenden Unterhalt der Gerätschaften erhöhen sich die Aufwendungen von 8.500 € auf nunmehr 10.500 €.

Schule

Im Sommer wurde im Schulhaus für rd. 1.100 € eine mobile Türsprechanlage installiert. Somit kann die Haustüre aus Sicherheitsgründen während des Unterrichts geschlossen bleiben. Die weiteren angefallenen Unterhaltungskosten von rd. 2.100 € wurden durch eine Zahlung aus der Hagelschadenversicherung wieder ausgeglichen.

Kultur und Brauchtum

Ein Teil der Aufwendungen für das Jubiläum der Musikkapelle wurde über die Gemeinde abgewickelt. Die Endsummen in Einnahmen und Ausgaben erhöhten sich dadurch entsprechend.

Kindergarten

Die Basiswerte für die staatliche Förderung für den laufenden Aufwand im Kindergarten wurden vom Gesetzgeber erhöht. Die Abrechnungen für die beiden zurückliegenden Kindergartenjahre 2007/2008 und 2008/2009 brachten deshalb unerwartete Mehreinnahmen.

Sporthalle

Wie beim Schulhaus wurden die laufenden Unterhaltungsaufwendungen durch eine Versicherungsleistung von 2.100 € ausgeglichen.

Gemeindestraßen

Für die laufende Unterhaltung sind bisher rd. 19.000 € ausgegeben worden. Der Haushaltsansatz wurde deshalb reduziert. Die Asphaltierung der Gsengstraße ist im Vermögenshaushalt veranschlagt. Eine Rechnung liegt noch nicht vor.

Straßenwinterdienst

Aktuell sind bisher rd. 20.200 € für Fremdleistungen zum Winterdienst auf Gemeindestraßen ausgegeben worden. In dieser Summe ist noch eine „späte“ Salzlieferrung von Ende März enthalten. Der Haushaltsansatz sieht für dieses Jahr noch eine Silofüllung vor.

Kanalisation

Aus der Abrechnung mit der Kläranlage ergaben sich höhere Summen, während beim laufenden Unterhalt die Mittel nicht beansprucht werden.

Fremdenverkehrsbeitrag

Das Aufkommen aus der laufenden Veranlagung liegt unter den Erwartungen.

Wasserversorgung

Für die laufende Unterhaltung sind bisher 10.300 € beansprucht worden. Darin ist die Erneuerung eines Schwimmerventils am Druckminderschacht Flodermühle mit 2.000 €, sowie ein Rohrbruch an der Alten Reichenhaller Str. mit 1.800 € enthalten.

Tourismus

In der Einnahmenseite schlägt die Minderung der Eintrittsgelder in der Wimbachklamm mit 7.800 € zu Buche. Der ursprüngliche Planansatz basierte auf dem Vorjahresergebnis mit einer Erhöhung von 50 %.

Das Kurbeitragsaufkommen wird sich nach aktueller Abrechnung planmäßig entwickeln.

Auf der Ausgabenseite fällt besonders die Entwicklung bei den Kosten für EDV auf. Hier ergeben sich die Mehrungen wie auch bei der allg. Verwaltung aus den ständig umfangreicher werdenden Programmen.

Bei den Veranstaltungen entstanden die Mehrungen ausschließlich durch das Seefest. Ein Teilbetrag wird aber durch weniger Standkonzerte wieder ausgeglichen.

Bei den „sonstigen Geschäftsausgaben“ waren die Kosten für die Erstellung der wiederkehrenden Klimauntersuchungen eingeplant. Durch gemeinsamen Auftrag mit den Nachbargemeinden und vereinfachtes Messverfahren reduzieren sich die Kosten beträchtlich.

Die Mehrungen bei der Umlage an die TRBK ergeben sich aus dem zusätzlichen Anteil für die kostenlose Busnutzung für Kurgäste.

Steinhäusl

Hier entstanden Mehraufwendungen durch eine Generalsanierung einer Wohnung einschl. Treppenhausanteil.

Finanzverwaltung

Bei Grundsteuer A und B bleiben die Neu- und Nachveranlagungen hinter den Erwartungen zurück. In den Vorjahren 2008 und 2007 waren diese Summen wesentlich höher ausgefallen.

Die Gewerbesteuer entwickelte sich positiv. Mit einschneidenden Veränderungen bis zum Jahresende wird nicht mehr gerechnet.

Gleichzeitig war aber auch der Ansatz für die Gewerbesteuerumlage um 5.000 € nach oben zu korrigieren.

Die ersten Auswirkungen der Finanzkrise sind bereits bei der Einkommensteuerbeteiligung deutlich zu spüren. Der voraussichtliche Ausfall beträgt 20.700 €. Nach Meinung der Fachverbände wird sich diese Entwicklung im nächsten Jahr fortsetzen. Aber auch bei der Gewerbesteuer ist mit einer negativen Entwicklung zu rechnen.

Der Anteil am Grunderwerbsteueraufkommen ist niedriger als erwartet ausgefallen. Das Aufkommen aus Verwarnungen ist um rd. 5.400 € höher als geplant ausgefallen.

Nach Saldierung aller laufenden Einnahmen und Ausgaben wird die Zuführung an den Vermögenshaushalt nahezu unverändert ausfallen.

Vermögenshaushalt

Allgemeine Verwaltung

Heuer waren nur zwei Rechner auszutauschen, sowie das Sicherungslaufwerk am Hauptrechner zu optimieren.

Rathaus

Die energetischen Maßnahmen im Rathaus waren zum Jahresanfang noch nicht eingeplant. In der veranschlagten Gesamtsumme von 270.000 € ist auch die Erneuerung des Daches einbezogen. Der Haushalt wird mit 52.000 € belastet.

Feuerwehr

Der Kauf einer neuen Tragkraftspritze war ebenfalls nicht eingeplant.

Kultur Baudenkmäler

Ein Teilbetrag für die Sanierung der Seeklause wurde aus steuerlichen Gründen über diesen Haushaltsabschnitt abgewickelt. Mit Einbeziehung der Summen im Unterabschnitt Tourismus errechnet sich für diese Maßnahme eine Haushaltsbelastung von 3.800 €.

Kindergarten - Erweiterungsbau

Die Summen bei Einnahmen wie auch bei Ausgaben erhöhten sich nahezu parallel. Die Haushaltsmehrbelastung beträgt 2.100 €.

(Die Gesamtausgaben für den Anbau betragen in den Jahren 2008/2009 rd. 177.900 €; die staatliche Förderung dafür 150.600 €.)

Sportanlagen

Die Sanierung der Laufbahn am Sportplatz wird erst im kommenden Jahr durchgeführt; wie bereits beschlossen in kleinerem Umfang.

Baugebiet Rehlegg

Die gesamte Haushaltsbelastung aus dieser Erschließungsmaßnahme erhöht sich um 13.000 €

Dorferneuerung

Die Neugestaltung des Platzes der ehem. Schule verursachte Planungsaufwendungen von 3.000 €. Die Ausführung bzw. Abrechnung dieser Maßnahme erfolgt im nächsten Jahr.

Kanalisation

In der Einnahmenseite wurde der Ansatz für Herstellungsbeiträge dem aktuellen Abrechnungsstand angepasst.

Der Ansatz für den Kanalneubau am Hintersee wurde bis auf wenige Planungskosten reduziert. Gleichzeitig natürlich auch die Kreditaufnahme (s. Abschnitt 9 Finanzen).

Die Zahlungen an den Markt Berchtesgaden für die gemeinsamen Anlagen werden in diesem Jahr auch nur teilweise anfallen.

Wasserversorgung

Auch hier haben sich beim Herstellungsbeitrag Mehrungen aufgrund aktueller Veranlagung ergeben.

Umbau Touristinfo

Die Ansätze wurden den aktuellen Zahlen angeglichen.

Als zusätzliche Anschaffung schlägt der Kauf des Druckers für die neuen Kurkarten mit rd. 2.600 € zu Buche.

Allgemeine Finanzen

Die jährliche Investitionspauschale nach Art. 12 Finanzausgleichsgesetz hat sich von bisher 20.000 € auf 33.800 € erhöht.

Wie vorhin bereits erwähnt, verringert sich die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt nur geringfügig (- 2.100 €), jedoch erfordern die zusätzlichen Maßnahmen am Rathaus und bei der Feuerwehr sowie Veränderungen im Bereich Bau- u. Wohnungswesen dennoch insgesamt eine Kreditaufnahme von 226.500 €

Kurzübersicht

Gesamt- Ausgaben für Investitionen (ohne Tilgung)	828.200 €
	=====
Finanzierung durch	
Zuführung aus Vermögenshh.	410.500 €
abzügl. lfd. Tilgung	- 265.500 €
verbleibende freie Spanne	145.000 €
Staatliche Zuschüsse, Beiträge	456.700 €
Kreditaufnahme	226.500 €
Gesamt-Einnahmen:	828.200 €

Aussprache

2. *Bürgermeister Maltan* bezeichnete insbesondere die Entwicklung im Verwaltungshaushalt trotz der negativen Einflüsse aus dem kommunalen Finanzverband noch als zufriedenstellend. Des Weiteren erkundigte er sich nach dem Stand der Planung bzw. Ausführung der vorgesehenen Neugestaltung des ehem. Schulplatzes.

GM Richard Graßl bezeichnete die energetische Sanierung des Rathauses im Rahmen des Konjunkturpaketes II als Glücksfall. Im Hinblick auf die durchgeführte Sanierung der Seeklause am Hintersee sprach er sich für eine stärkere Einbeziehung ortsansässiger Betriebe aus.

GM Grill befand die Entwicklung der Zuführung an den Vermögenshaushalt ebenfalls für positiv. Allerdings schränke die hohe Zins- und Tilgungsbelastung die Investitionsmöglichkeiten weitgehend ein.

Weitere Maßnahmen im Vermögenshaushalt wurden im anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung besprochen.

Ergebnis der Beratung

Der endgültige Beschluss des Nachtragshaushaltes soll in der kommenden Sitzung gefasst werden.

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911103

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 9
Dokument:	h/0/SV09131

Errichtung eines Wasserkraftwerkes am Felsentor

Sachverhalt:

1. Die WKA Felsentunnel GmbH und Co KG, Bergener Straße 10, 94256 Drachselsried, stellt den Antrag auf Erteilung sämtlicher Erlaubnisse sowie erforderlichen Gestattungen und Genehmigungen für den Bau und Betrieb einer Wasserkraftanlage am Felsentunnel. Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Bau einer Wehranlage mit Einlaufbauwerk und Fischaufstiegshilfe ca. 10 m östlich des Felsentunnels
- Bau einer Druckrohrleitung bis zum Turbinenhaus
- Bau eines Turbinenhauses
- Bau eines Unterwassergrabens für Ausleitung
- Bau eines Schlitzpasses an Sohlschwelle (Fischaufstiegshilfe)

2. Verfahren

Bisher haben schon verschiedene Planer und Projektbetreuer an diesem Projekt gearbeitet, von diesen wurde jedoch noch keine vollständige Planung vorgelegt.

3. Die WKA Felsentunnel GmbH und Co. KG, Bergener Straße 10, 94256 Drachselsried, hat durch den Planer Richter GmbH aus Wohlsborn (plante bereits 250 Wasserkraftanlagen) die Planunterlagen für das wasserrechtliche Verfahren ausarbeiten lassen und diese dem Landratsamt Berchtesgadener Land zur Genehmigung vorgelegt.

4. Diese Planunterlagen sind in der Gemeinde öffentlich auszulegen. Die Gemeinde ist zu dieser Auslegung verpflichtet und kann als Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahme zu diesem Vorhaben abgeben.

5. Als Träger öffentlicher Belang kann die Gemeinde lediglich zu den Punkten Stellung nehmen, die ihren Aufgabenbereich berühren.

5.1 Allgemein

Bereits in den Vorgesprächen hat die Gemeinde darauf hingewiesen, dass durch die Baumaßnahme für die Benutzer der B 305 keine unzumutbaren Behinderungen eintreten dürfen. Hierzu teilte der Unternehmer mit, dass die Bauzeiten außerhalb der Hauptsaison durchgeführt werden und allenfalls mit einer halbseitigen Sperrung der B 305 zu rechnen sei.

5.2 Grundstücksverhältnisse

Die Gemeinde Ramsau ist kein Eigentümer der durch die Baumaßnahme beanspruchten Grundstücke.

5.3 Gewässerunterhalt

Da es sich in diesem Bereich um ein ausgebautes Gewässer III. Ordnung handelt, ist der Freistaat Bayern für den Unterhalt des Gewässers zuständig, dieser ist gleichzeitig Eigentümer des Gewässergrundstückes.

5.4 Straßenbaulast B 305

Die Straßenbaulast für die B 305 trägt die Bundesrepublik Deutschland.

5.5 Versorgungsanlagen

Nach derzeitigem Kenntnisstand befinden sich im Bereich der geplanten Maßnahme mit Ausnahme des Schmutzwasserkanals der Gemeinde Ramsau keine sonstigen Versorgungsleitungen. Hinsichtlich der vorhandenen Kanalleitung wird die Verwaltung darauf hinweisen, dass diese vorhanden ist und vor Beginn der Bauarbeiten von dem Unternehmer ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen ist.

5.6 Landschaftsbild

Durch die Maßnahme in der geplanten Form wird das Landschaftsbild in zwei Bereichen beeinträchtigt.

5.6.1 Turbinenhaus

Das Turbinenhaus hat eine Grundfläche von ca. 63 qm und eine maximale Höhe von 6,80 m. Der größte Teil befindet sich unterirdisch im Bereich des Bachbettes.

Durch den Bau des Funktionsgebäudes sind die gemeindlichen Belange nicht berührt, da es sich um eine Baumaßnahme im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB handelt (Gebäude dient der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität und kann wegen der ortsgebundenen gewerblichen Nutzung nicht an einem anderen Ort gebaut werden). Der Bau des Turbinenhauses erscheint vertretbar.

5.6.2 Bau einer Wehranlage

Gemäß der vorliegenden Planung soll ca. 10 m östlich des Felsentunnels eine Wehranlage gebaut werden. Die Höhe der massiven baulichen Anlagen beläuft sich auf 613,20 m über NN, einzelne technische Anlagen haben eine Höhe von bis zu 616,20 m über NN. Das derzeitige Straßenniveau der Bundesstraße B 305 beträgt im Bereich der Wehranlage 611,39 m über NN.

Dies bedeutet, dass die komplette Anlage (Bedienstege und Decke Einlaufbauwerk) ca. 1,81 über dem derzeitigen Straßenniveau liegt. Das Bauwerk hat eine Breite von ca. 16 m und eine Höhe in Bezug zur Sohle von ca. 7 m. Das Bauwerk in der geplanten Form in der Nähe des Felsentunnels beeinträchtigt die natürliche Eigenart der Landschaft in diesem Bereich erheblich. Aus diesem Grunde sollte die Höhe des Bauwerkes um mindestens 2 m reduziert werden.

Anhand vorliegender Planskizzen wurde dem Gemeinderat das geplante Projekt genauer erläutert.

Aussprache:

Gemeinderat Josef Wurm begrüßte grundsätzlich die Gewinnung von Energie aus Wasserkraft, ist jedoch auch wie die Verwaltung der Meinung, dass sich der Standort in einem sensiblen Bereich befindet.

Er unterstützt daher die von der Verwaltung vorgeschlagene Tieferlegung des Einlaufbauwerkes, bat jedoch um weitere Auskunft zu folgenden Punkten:

- Geschiebeproblematik
- Auswirkungen des Bauwerkes auf die Fische
- Leistung des Wasserkraftwerkes

Verwaltungsleiter Martin Willeitner erläuterte, dass der Unternehmer die Geschiebeproblematik durch entsprechende Rückhaltebereiche gelöst habe, dies jedoch noch vom Wasserwirtschaftsamt überprüft werde. Hinsichtlich der Fische werde zum einen durch die Fischaufstiegshilfen eine Verbesserung erreicht, der Schutz im Bereich des Einlaufes soll durch übliche Maßnahmen erreicht werden. Die Leistung des Kraftwerkes beläuft sich auf ca. 800 kw. *Gemeinderat Johannes Grill* erinnerte an die Historie des Felsentunnels und die Bedeutung als touristische Attraktion. Er forderte daher, die gesamte Anlage nach Osten zu verlegen.

Gemeinderat Richard Graßl bezeichnete die bisherige Information für den Bürger als mangelhaft und kritisierte die pauschalen Beurteilungen der Maßnahme durch verschiedenen Verbände und Interessensgruppen. Er schlug vor, in den Beschluss des Gemeinderats noch folgende Punkte aufzunehmen:

- Einhaltung des Hochwasserschutzes der Bundesstraße
- Vorlage und Abstimmung einer Baustellen- und Unterhaltsplanung
- Landschaftsgebundene Bauweise der Bauwerke
- Prüfung der wirtschaftlichen Zuverlässigkeit der Investoren
- Einhaltung der Umweltstandards

- Nutzbarkeit des Gewässers für Kajakfahrer

Nach Abstimmung mit dem Gemeinderat wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

- Die Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden begrüßt grundsätzlich den Bau eines Wasserkraftwerkes zur Produktion regenerativer Energie aus Wasserkraft im Bereich der Ramsauer Ache.
- Da die vorgelegte Planung jedoch die natürliche Eigenart der Landschaft in Bereich des Einlaufbauwerkes erheblich beeinträchtigt, fordert die Gemeinde Ramsau die Reduzierung der Höhe der Wehranlage und des Einlaufbauwerkes um mindestens 2 m. Die geplanten Bauwerke sollen in landschaftsgebundener Bauweise (Holzschalung, verputzte Wände, usw.) errichtet werden.
- Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Straßenbereich der gemeindliche Abwasserkanal befindet. Da nicht auszuschließen ist, dass durch die geplanten Baumaßnahmen die Standfestigkeit der Kanalanlage beeinträchtigt wird, ist vor Beginn der Baumaßnahme ein Beweissicherungsverfahren durch den Antragsteller auf dessen Kosten durchzuführen.
- Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist der Hochwasserschutz (HQ 100) für die Bundesstraße 305 sicherzustellen.
- Die geplanten Baumaßnahmen dürfen zu keinen Vollsperrungen der B 305 führen, im übrigen sind die Behinderungen des Straßenverkehrs auf ein Minimum zu reduzieren.
- Die Wehranlage soll so errichtet werden, dass auch künftig die Befahrung des Gewässers mit dem Kajak ermöglicht wird, bzw. sind Ein- und Ausstiegsstellen für Kajakfahrer vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: 8 : 1

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911104

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 9
Dokument:	h/0/SV09133

Jugend AG

Sachverhalt:

1. Bürgermeister Herbert Gschoßmann informierte den Gemeinderat über die Entwicklung und die Ziele der Jugend AG. Er erläuterte, dass die Jugend AG zwar primär Angelegenheit des Marktes Berchtesgaden sei, aufgrund der Tatsache, dass jedoch auch die Jugendlichen anderer Gemeinden in dieser Organisation engagiert sind und die Belange der Jugend in allen Gemeinden des Talkessels ähnlich sind, sei auch eine Abstimmung mit allen benachbarten Gemeinden nötig.

Zwischenzeitlich wurde ein „Runder Tisch Jugend“ eingerichtet, an dem alle Bürgermeister und die jeweiligen Jugendvertreter der Gemeinden teilnehmen. Anlässlich eines Treffens wurde ein Fragebogen für Jugendliche entwickelt, der für Diskussionen auch in der Presse sorgte. Sinn und Zweck des Fragebogens ist es, die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen in der Region festzustellen. Es sei wichtig, sich mit der Jugend intensiv und eingehend auseinanderzusetzen und die Jugend in diesen Prozess mit einzubinden. Wie bei vielen anderen Projekten kann es zu Beginn der Arbeit verschiedene Probleme und Abstimmungsschwierigkeiten geben. Wichtig ist es aber, gemeinsam mit der Jugend Ziele und Wege zu definieren, da die Jugend ein wichtiger Teil der Gesellschaft und der Zukunft ist.

Aussprache:

Gemeinderat Hanns Müller-Bardoff berichtete als Jugendreferent der Gemeinde über die zum Teil schwierige Startphase des Projektes. Für ihn sei jedoch der derzeit eingeschlagene Weg ein sinnvolles und zukunftsfähiges Angebot für die Jugend. 2. *Bürgermeister Josef Maltan* berichtete über den in Ramsau erfolgreich durchgeführten Jugendhogoascht. Hierbei konnte festgestellt werden, dass die Jugend in unserer Gemeinde in den Vereinen gut integriert ist, es wurden jedoch auch verschiedene Wünsche von Jugendlichen vorgebracht. Im Jahr 2010 ist zudem eine Jugendbürgerfragestunden geplant. *Gemeinderat Richard Graßl* bezeichnete die Zukunft der Jugendlichen als sehr wichtiges Thema und hob die vielen Möglichkeiten für Jugendliche in Ramsau hervor. In Anbetracht dieser Tatsache wünschen die Jugendlichen in Ramsau keine Beteiligung an Einrichtungen an zentralen Orten. Eine Beteiligung der Gemeinde Ramsau an einem Haus der Jugend in Berchtesgaden sei daher nicht gut. 1. *Bürgermeister Herbert Gschoßmann* sprach sich grundsätzlich dagegen aus, mit der Jugend bei finanziellen Beteiligungen von Gemeinden an verschiedenen Projekten zu taktieren. *Gemeinderat Rudolf Fendt* nahm die bisherige Diskussion mit Bedenken zur Kenntnis. Die Jugend sei überall, er freue sich dass die Politik die Jugend wiederentdeckt habe. Wichtig sei, dass die geweckten Erwartungen der Jugend erfüllt werden, jedoch kein Missbrauch der Jugend für die Politik erfolgen dürfe. *Gemeinderat Georg Graßl* erkundigte sich, welche Altersgruppen den Fragebogen erhalten hätten. Nach den vorliegenden Informationen haben Jugendliche zwischen der 5. und 13. Klasse die Fragebögen erhalten. *Gemeinderat Hanns Müller-Bardoff* wies darauf hin, dass zunächst das Ergebnis der Fragebogenaktion abgewartet werden müsse, da dies vor allem für eine repräsentative Grundlagenermittlung für die Region wichtig sei. Es werde jedoch immer in den einzelnen Gemeinden so genannte „Insellösungen“ geben.

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911105

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 9
Dokument:	h/0/SV09134

Entwicklung Tourismus 2009

Sachverhalt

Der Leiter der Tourist-Info, Fritz Rasp, berichtete, dass die Gemeinde Ramsau in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 bei den Gästezahlen ein Plus von 4,17 Prozent und bei den Übernachtungen ein Plus von 2,33 Prozent verzeichnen konnte.

Dies sei im Vergleich zu den übrigen Gemeinden des Verbandsgebietes ein gutes Ergebnis. Er erläuterte zudem dem Gemeinderat verschiedene statistische Werte aus dem IRS Buchungssystem.

Aussprache

2. Bürgermeister *Josef Maltan* wies darauf hin, dass die Tourismusregion Berchtesgaden auch im Jahr 2009 im Gegensatz zu anderen Tourismusregionen erfreuliche Gäste- und Übernachtungszahlen verzeichnen konnte.

Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden
Öffentliche Sitzung des Gemeinderats Ramsau
am 24.11.2009 in 83486 Ramsau, Im Tal 2, Rathaus
TOP 0911106

Bezugs-Nr.:	TOP
Az.:	
Verfasser der Sitzungsvorlage / Schriftführer:	Martin Willeitner
Zahl der Gemeinderatsmitglieder / anwesend:	13 / 9
Dokument:	h/0/SV09129

Sonstiges

1. Filiale der Sparkasse Berchtesgadener Land in Ramsau

Vor Beginn der Gemeinderatssitzung informierte der Marktbereichsleiter der Sparkasse Berchtesgadener Land, Herr Walter Pfannerstill, den Gemeinderat, dass die Filiale Ramsau im letzten Jahr personell verstärkt wurde und zudem verschiedene Investitionen in der Filiale durchgeführt wurden. Weiters denkt man in der Sparkasse darüber nach, die Öffnungszeiten in der Ramsauer Filiale auszuweiten.

2. Informationen zur Gemeinderatssitzung

2. *Bürgermeister Josef Maltan* erkundigte sich, warum die Information über diese Gemeinderatssitzung im Berchtesgadener Anzeiger sowohl in der Rubrik Veranstaltungen als auch als Anzeige abgedruckt war. Verwaltungsleiter Martin Willeitner teilte hierzu mit, dass dies vermutlich aufgrund eines Versehens geschehen sei und sicherte die Überprüfung des Sachverhaltes zu.

3. Gewichtung des Bereiches Tourismus in der Gemeinde Ramsau b. Berchtesgaden

Gemeinderat Richard Graßl vertrat die Auffassung, dass die Gemeindeverwaltung dem Bereich Tourismus wesentlich mehr Gewichtung einräumt als anderen Branchen, wie zum Beispiel Handel und Handwerk. Hierzu erklärte Bürgermeister Herbert Gschoßmann, dass der Tourismus mit Abstand der wichtigste Wirtschaftsfaktor in der Gemeinde sei und für diesen Bereich die Datenerhebung und die Datenaufbereitung durch die Verwaltung in einem vertretbaren Aufwand

durchgeführt werden kann. Er sei jedoch dankbar, wenn von Repräsentanten anderer Wirtschaftsbereiche entsprechend aufbereitete Informationen zur Verfügung gestellt werden, damit diese in einer Bürgerversammlung oder in einer Gemeinderatssitzung behandelt werden können.

4. Bürgeraktionen

1. Bürgermeister Herbert Gschoßmann bedankte sich bei allen freiwilligen Helfern, die sich bei der Sanierung des Soleleitungsweges beteiligt hatten. Sein Dank galt auch den Organisatoren und Schauspielern des Ramsauer Provisoriums für die diesjährigen Aufführungen. Im Namen der Mitglieder des Ramsauer Provisorium bedankte sich *Rudolf Fendt* für die Unterstützung durch die Gemeinde und wies darauf hin, dass der Reingewinn der Veranstaltungen auch in diesem Jahr wieder wohltätigen Zwecken zugeführt wird.

5. Behinderungen auf der B 305

Verwaltungsleiter Willeitner teilte mit, dass lt. Mitteilung des Straßenbauamts, die in der B 305 vorhandenen Sprengkästen ausgebaut werden. Im Bereich Wimbachbrücke bis Rosshofschmiede werde es daher in den kommenden Wochen zu Behinderungen kommen.

6. Hängebrücke im Klausbachtal

Verwaltungsleiter Martin Willeitner teilte mit, dass die geplante Hängebrücke im Klausbachtal genehmigt wurde.

7. Stromversorgung von Mobilfunkmasten

Gemeinderat Georg Graßl erkundigte sich, ob hinsichtlich der Notversorgung von Mobilfunkmasten bereits Informationen der Telekom vorlägen, da der Betrieb der Anlagen auch aus Sicherheitsgründen sehr wichtig sei. Die Verwaltung teilte mit, dass hierzu keine Informationen vorliegen.